



## **Resolution der AfA- Jahreshauptversammlung am 19.11.2009**

Arbeitsgemeinschaft in der  
SPD Karlsruhe  
Am Künstlerhaus 30  
76131 Karlsruhe  
Telefon (0721) 93104-0  
Telefax (0721) 93104-34

Frank Weber  
Morgenstr. 43  
76137 Karlsruhe  
Tel. 0721-0178-3844170  
bruegge-weber@web.de

### **Deutschland braucht eine starke SPD**

Schon wenige Wochen nach der verlorenen Bundestagswahl stellt sich heraus, dass die neue Regierung mit Ihren Koalitionspartnern CDU/CSU und FDP den Weg der sozialen Marktwirtschaft verlassen will, und reine Klientelpolitik betreibt.

Die Pläne des neuen FDP Gesundheitsministers, Herr Rösler, die Krankenversicherungsbeiträge für die Arbeitgeber festzuschreiben und somit die zukünftig sicherlich weiterhin steigenden Kosten des Gesundheitswesens alleine auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Steuerzahler abzuwälzen und die Ankündigung der Bundeskanzlerin Frau Merkel, eine verpflichtende private Pflegeversicherung abzuschließen, sind nur zwei Beispiele dafür, dass die neue Regierungspolitik die Gesellschaft spalten wird. Mit dieser Gesundheitspolitik wird das Solidarprinzip massiv gefährdet.

Die steuerpolitischen Pläne der neuen Regierung bringen drastische Einnahmeausfälle der Kommunen mit sich. Die Wirkungen des Konjunkturpaketes II, das die große Koalition zur Abmilderung der Wirtschaftskrise vereinbart und somit die Kommunen finanziell gestärkt hat, wird somit gefährdet.

Die Erhöhung des Kindergeldes und des Kindergeldfreibetrages sind auf den ersten Blick sicherlich attraktive Maßnahmen. Viel gerechter wäre es jedoch, wenn dieses Geld in den Ausbau frühkindlicher Betreuung und bessere Bildungsvoraussetzungen investiert würde, damit zum Beispiel Familie und Beruf besser vereinbart werden könnten.

Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für das Hotelgewerbe ist ein weiterer Beweis für eine reine Klientelpolitik und als Wachstumsmaßnahme völlig ungeeignet.

Die Regierung hat keinerlei Maßnahmen zur Verhinderung von Billiglöhnen verabredet. Bei der Klima- und Energiepolitik hat sie kein Zukunftskonzept. Viel eher setzt sie weiterhin auf die Atomenergie.

Während die SPD mit dem Deutschlandplan ein klares Zukunftskonzept hat, setzt die neue Regierung auf Deregulierung und Privatisierung.

Die Maßnahmen der neuen Regierung werden von der AfA daher massiv als sozial ungerecht und völlig untauglich abgelehnt.

Deutschland braucht eine starke SPD, die für soziale Gerechtigkeit und die soziale Marktwirtschaft, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, eine gerechte Steuerpolitik, ein solidarisches Gesundheitswesen und für die Umsetzung des Atomausstiegs steht und klare Vorstellungen für eine innovative Zukunftspolitik hat.

Der mit nur einer Gegenstimme beschlossene Leitantrag auf dem Bundesparteitag in Dresden bietet für die SPD die Chance der sicherlich teilweise inhaltlichen Korrektur und somit der Stärkung der SPD als die Partei in Deutschland, die für den sozialen Ausgleich steht.

Nur mit der SPD wird es in Deutschland soziale Gerechtigkeit geben.